

Redebeitrag von Silke Arning zum BIBS-Antrag: Keine Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen

Die Debatte um Kriminalisierung der Letzten Generation lenkt ab vom eigentlichen Thema.

Die Aktionen des zivilen Ungehorsams erscheinen radikal im Vergleich zu dem, was die meisten Menschen in Deutschland gewohnt sind;

Die Erwartung, in einer Demokratie solle jeder Protest im Rahmen des Rechts stattfinden, verkennt jedoch eine fundamentale historische Wahrheit:

Mit Mitteln des zivilen Ungehorsams wurden zum Beispiel Frauenrechte und Minderheitenrechte erstritten, und ohne zivilen Ungehorsam wären unsere Gesellschaften nicht da wo sie heute sind.

Die Blockadeaktionen mögen illegal sind - sie sind aber nicht illegitim.

Der Klimaprotest kann sich neben wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen über die Klimakrise auch auf grundlegende Prinzipien unserer Gesellschaft berufen. Diese Prinzipien sind die Einbeziehung der von der Klimakrise Betroffenen und die Verantwortung für zukünftige Generationen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 in seinem wegweisenden Klima-Urteil entschieden und der Regierung ins Stammbuch geschrieben, dass es nicht angeht, die nach dem Pariser Klimaschutzabkommen notwendigen CO₂-Reduktionen weitgehend in die Zukunft zu verlagern, um die Gegenwart mit politisch mutmaßlich unbequemen, drastischen Maßnahmen zu verschonen. Das ist die Rechtsgrundlage unseres Antrags!

Ist Containern kriminell, also die Entwendung von abgelaufenen Lebensmitteln eines Supermarktes, die dann anschließend an Bedürftige weitergegeben werden? Solche Aktionen sind legitim! Zwar illegal, aber kriminell? Würden Sie solche Menschen als Kriminelle bezeichnen, wenn sie sich in dieser Weise engagieren?

Unsere Verwaltung sagt, es bestehe kein Zusammenhang des Antrags mit dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht. Aber es besteht ein Zusammenhang mit dem, was auf dem Boden des Selbstverwaltungsrechtes beschlossen wurde: nämlich Klimaneutralität 2030! Und Blockadeaktionen sind hervorragende Unterstützer unseres Ratsbeschlusses!

Der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres findet klare Worte zum Thema, er sagt: „Wir sind auf dem Highway in die Klimahölle, mit dem Fuß auf dem Gaspedal.“ Der Weg in die Klimahölle führt durch das Ahrtal! Unsere Betroffenheit durch das Ereignis Ahrtal und andere muss sich auf die Braunschweiger übertragen. Die Protestaktionen der Letzten Generation rütteln uns wach.

Wir bitten den Rat der Stadt, sich in Anerkennung dieser Hintergründe gegen eine Kriminalisierung der Gruppe Letzte Generation auszusprechen.